

Gesetzgebung und Verfassung

Im Laufe seiner vierten außerordentlichen Sitzungsperiode hat die laotische Oberste Volksversammlung fünf wichtige Wirtschaftsgesetze verabschiedet. Die Gesetze regeln den Privatbesitz, sowie das Erbschafts-, das Vertrags-, das Steuer- und das Bankenrecht. Im letzten Jahr waren bereits vier Gesetze verabschiedet worden, die erstmals seit Gründung der Volksrepublik im Jahre 1975 ein Gerichtswesen, ein Strafrecht, eine Strafprozessordnung sowie eine Staatsanwaltschaft schufen. Somit sind wichtige gesellschaftliche Bereiche juristisch erfasst und weitere Mosaiksteine für den Übergang zur freien Marktwirtschaft gesetzt worden.

Die neu kodifizierten Rechte sollen die zu Beginn der 80'er Jahre eingeleitete Politik wirtschaftlicher Liberalisierung fördern. Bisher waren die Eigeninitiative und das Privatkapital im Produktions- und Handelsbereich mangels juristischer Basis zahlreichen Unwägbarkeiten und Hemmnissen ausgesetzt. Per ministerieller Dekrete und bürokratischer Anordnungen wurde das wirtschaftliche Leben

vom Staat gesteuert und monopolisiert. Verfassung, Strafrecht und Handelsgesetzgebung existierten nicht, Rechtsunsicherheit herrschte allerorten vor. In dieser Situation hielten sich viele potentielle in- und ausländische Investoren zurück.

Mit den neuen gesetzgeberischen Maßnahmen versucht die Regierung, diese Hemmnisse zu beseitigen. Sie versucht damit zum einen, auf die Unzulänglichkeiten der inländischen Güterproduktion und -verteilung zu reagieren; zum anderen sollen die juristischen Rahmenbedingungen für die Anlage von privatem Auslandskapital verbessert werden. 1988 hatte Laos eines der liberalsten Auslandskapitalinvestitionsgesetze Asiens erlassen, in dessen Folge etwa 75 Projekte mit einem Wert von insgesamt US\$ 50 Mio. verbucht werden konnten. Ein amerikanischer Rechtsanwalt aus Hong Kong, der die laotische Regierung berät, geht von weiteren juristischen Initiativen aus. Unter Berücksichtigung der Situation im Lande sei die Geschwindigkeit, mit der in Laos neue Gesetze verabschiedet

würden "atemberaubend". Diese seien ausgerichtet nach den Bedürfnissen ausländischer Firmen, die ein stabiles Rechtssystem erwarteten.

Für den 15. Jahrestag der Staatsgründung der *Demokratischen Volksrepublik Laos* ist die Proklamation einer seit Jahren erwarteten Verfassung angekündigt worden. Zur Zeit wird der fertige Verfassungsentwurf landesweit diskutiert. Zu diesem Zweck werden Kader aus der Provinz in die Hauptstadt Vientiane zur Unterrichtung geholt, die nach ihrer Rückkehr die Bevölkerung - zu 90 % einfache Reisbauern - vorort in Gruppendiskussionen über ihre zukünftigen Rechte und Pflichten aufklären sollen. In einer dritten Diskussionsphase sollen dann die "Ergebnisse der Gruppendiskussionen ausgewertet werden".

Die Vorarbeiten zu dieser Verfassung weisen einige Kuriositäten auf. Zunächst wurde jahrelang ganz auf eine Verfassung verzichtet - im Gegensatz zum bürgerkriegszerissenen Kambodscha und zum wiedervereinten Vietnam. Seinerzeit waren zwei Interpretationen für dieses Manko zu hören: 1.) das Souveränitäts-, und 2.) das Minderheiten/Föderalismus-Argument.

Die erste Erklärung ging davon aus, daß Laos eine festge-

schriebene Verfassung ablehnte, die eine allzu dogmatische vietnamesische Handschrift getragen und wohlmöglich zu einer vietnamesischen Durchdringung des Landes - wie Kambodscha es auf recht extreme Weise erlebt hat - geführt hätte. Ein weiterer Beleg für diese These ist die Ablehnung der laotischen Nomenklatura, sich einem einheitlichen indochinesischen Fünf-Jahres-Plan und einem sich daraus wohlmöglich entwickelnden einheitlichen indochinesischen Markt zu unterwerfen, eine Forderung, die bereits von Ho Chi Minh bei der Gründung der von Vietnam dominierten *Kommunistischen Partei Indochinas* im Jahre 1930 und nach ihm von andere hohe vietnamesischen Funktionäre erhoben wurde. Die Laoten setzten sich statt dessen für die Beibehaltung der seit 1976 ausgeübten Praxis ein, die jeweiligen Fünf-Jahres-Pläne der drei indochinesischen Länder einzeln aufzustellen und anschließend lediglich zu koordinieren.

Die zweite Interpretation ging von innenpolitischen Problemen aus, die aus der multi-ethnischen Bevölkerungsstruktur herrühren. Knapp über die Hälfte der laotischen Staatsbürger gehören anderen - nicht eth-



Reaktiver Kleinhandel

Foto aus: SEAC, Nr 91, S. 1

nisch-lao - Gruppen an. Seit Jahrhunderten ist das hervorsteckendste Kennzeichen ihrer Beziehungen zu den herrschenden 'lao' die der Unterdrückung. Diese zumeist Bergstämme waren noch unter der französischen Kolonialmacht regelrecht versklavt und werden bis auf den heutigen Tag von vielen 'lao' abschätzig als Barbaren bezeichnet, meistens ohne Bildung, oft der offiziellen Staatsprache (lao) unkundig. Und auch innerhalb der revolutionären Partei und in den zentralen Staatsapparaten der Volksrepublik sind sie immer noch stark unterrepräsentiert, wurde weder die Autonomie dieser 48 verschiedenen Gruppen respektiert noch ihre Integration in einem Staatswesen erreicht. Auf diesem Hintergrund - und unter Berücksichtigung der Tatsache, daß sowohl die vietnamesische wie auch die chinesische Lösung ihrer Minderheitenprobleme anhand von "autonomen Gebieten" fehlgeschlagen war und rückgängig gemacht worden ist - schien der Widerspruch zwischen dem zentralistischen Verfassungsanspruch der reinen kommunistischen Lehre und der föderalen laotischen Realität unauflöslich. Man darf gespannt sein, wie nun die Auflösung ausgehen wird.

Ein weiteres Kuriosum der Vorarbeiten für eine laotische Verfassung hängt mit der Nationalität bzw. politischen Einstellung der ausländischen Verfassungsratgeber zusammen. Bis Mitte der 80'er Jahre waren es ausgerechnet die Juristen/Verfassungsrechtler des SED-Regimes, die den Laoten Hilfestellung in Sachen "Demokratischer Sozialismus" leisteten. Hier wären aufklärende Informationen seitens "wiedervereinigter DDR-Kader" wünschenswert, da das DDR-Engagement in Bezug auf den Entwurf einer laotischen Verfassung bisher nicht (öffentlich) inhaltlich dokumentiert worden ist.

Seit Ende der 80'er Jahre übernahmen Mitarbeiter aus dem sowjetischen Machtapparat diese Beraterfunktion in Laos. Die verfassungsrechtlichen Leitlinien ihrer Empfehlungen an das seit den diesjährigen Wahlen mit demokratischer Legitimation ausgestattete parlamentarische *Komitee für die Verfassungsausarbeitung* sind zwar

nicht bekanntgegeben worden, sicher ist aber, daß der Geist der Perestroika zumindest teilweise in Laos dieser Enflubnahme aus dem dem Ausland Einhalt geboten hat.

Der Tod eines wichtigen dogmatischen Mitglieds eines früheren *Verfassungskomitees* (Khamsouk Keola) war zugleich Voraussetzung und Symbol, neue Wege im Sinne der offiziellen laotischen 'Umbau'-Politik auch im Verfassungsbereich zu gehen. Beobachter stellten fest, daß der Text des fertiggestellten Verfassungsentwurfs - ähnlich wie in der sowjetischen Diskussion - ökonomisch *nicht* das Staatsziel Sozialismus beinhaltet, dafür politisch nach wie vor die führende Rolle der Partei festschreibt (erster Artikel). Es werden jedoch demokratische Rechte aufgeführt, wie z.B. das Recht auf freie Assoziation und das Demonstrationsrecht. Chaleun Yipahheu, ein hohes Parteimitglied und Mitglied des parlamentarischen *Komitees für die Verfassungsausarbeitung*, hat in einem Radiointerview diese Rechte gleich eingeschränkt: Forderungen nach einem Mehr-Parteiensystem oder gegen Staat, Partei und Regime seien illegal. Es bleibt also abzuwarten, wie sich eine wirtschaftliche Liberalisierung mit den politischen Erfordernissen einer Ein-Parteien-Herrschaft verträgt. Ob auch hier die Praxis des sowjetischen Lehrmeisters - zunehmende Forderungen nach individueller und föderaler politischer Emanzipation - ausschlaggebend sein wird?

vgl. *Bulletin d'Information du Centre de Documentation sur le Laos* Nr.53 (1990); FEER 12.7.; AW 3.8.; IC Nr.2 (1990), *Asian Survey*, Jan. 89 u. Jan. 90, *Bangkok Post* 28.6.90

Startschuß für erstes USA-Projekt

Im Zusammenhang mit dem weltweiten Kampf gegen den Drogentod ist unter Federführung der amerikanischen *Drug Enforcement Administration* (DEA) ein Projekt in der unzugänglichen laotischen Nordprovinz Houa Phan angefallen. Ziel des im September 1989 vereinbarten Projekts ist die Substitution von Bergmohnanbau mit anderen Kulturen. Dazu ist ein ländliches Ent-

wicklungsprojekt entworfen worden, dessen Kernstück die Verbesserung der Infrastruktur ist. Der Gesamtwert des Projekts beläuft sich auf US\$ 8,7 Mio. Darin enthalten sind US\$ 200.000 für den Bau von Stichstraßen und Vermessungsarbeiten.

Nach einer stetigen Verbesserung der laotisch-amerikanischen Beziehungen, die zu einer Streichung des Landes von der amerikanischen Boykott-Liste für kommunistische Länder geführt hatte, war das Drogenthema zu ersten Belastungen der beiderseitigen Beziehungen geworden.

Im Gegensatz zu Kambodscha hatte die USA ihre diplomatische Vertretung in Vientiane zwar auf Stellvertreter-Ebene heruntergesetzt aber nie geschlossen. Über unregelmäßige Besuche amerikanischer Bergungsfachleute für im Vietnamkrieg gefallene GI's wurde die Annäherung ermöglicht.

vgl. IC Nr.1 (1990)

Momentum in der Rohstoff-Politik

Nach einem Besuch von amerikanischen Congress-Abgeordneten, der auch auf erfolgreiche Lobbyarbeit von Indochina-Solidaritätsgruppen in den USA zurückzuführen ist, wurde Anfang dieses Jahres mit der *Hunt Oil Company* (Texas) ein Vertrag über Öl/Erdgas-Exploration abgeschlossen. Die Erkundung findet über einen Zeitraum von zwei Jahren im südlichen Laos in der Nähe der Stadt Pakse statt und wird ein Gebiet von 25.000 qkm umfassen. In Nord-Laos hat China mit der Untersuchung des Potentials an Bodenschätzen begonnen.

vgl. IC Nr.1 (1990)

Ausbau der Beziehungen mit China

Am 26. Februar dieses Jahres haben Laos und China ein Handelsabkommen sowie ein Fünf-Jahres-Abkommen über wirtschaftliche, wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit unterzeichnet. China wird laotisches Holz, Rattan und Gummi im Werte von US\$ 7,2 Mio. kaufen. Im Gegenzug erhält Laos Produkte der chine-

sischen Leichtindustrie, Textilien, elektrische Geräte, Maschinen, Fahrzeuge, elektrische Generatoren, Ersatzteile und Medikamente. Im Februar hat Laos bereits zwei Passagierflugzeuge aus chinesischer Produktion gekauft.

China und Laos haben die Erkundung eines ersten 420 km langen Abschnitts des Mekong erfolgreich beendet. Ein Großteil der Strecke lag in Laos, der Rest in der süd-chinesischen Provinz Yünan. Der Fluß wurde für kleine Boote bis zu einem Gesamtgewicht von 200 t als schiffbar befunden, allerdings unter der Voraussetzung der Räumung von Steinen und anderen Hindernissen.

vgl. IC Nr.2 (1990)

Reaktivierter Widerstand?

Berichte über bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen Widerstandsgruppen und Regierungstruppen reißen nicht ab. Laut einer nicht bestätigten Mitteilung des Premierministers der *Revolutionary Government of Laos* vom 5 Juni seien bei Luftangriffen Hunderte von Zivilisten getötet worden. Mindestens 35 Zivilisten und 7 Soldaten seien während Demonstrationen für mehr Demokratie in der nördlichen Provinz Xieng Khouang im März umgekommen, hieß es aus thailändischen Militärkreisen. Dieselbe Quelle sprach auch vom Einsatz chemischer Waffen in der Provinz Sayaboury am 14 Mai. In einer Stellungnahme aus Vientiane hieß es, man habe in dieser Provinz den Versuch vereitelt, eine Gegenregierung auszurufen. Regierungstruppen hätten in der Provinz Vientiane "Kommando-Einheiten" vernichtet, hieß es weiter. Am 5 und 7 April sind in der Hauptstadt zwei Bomben explodiert. Für Mitarbeiter ausländischer Hilfsorganisationen ist eine Reiseperrre erlassen worden. Obwohl Beobachter die Widerstandsgruppen als zersplittert und uneins ansehen, es andererseits aber immer wieder zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Armee und Guerillas kommt, sind diese Meldungen schwer einzuschätzen.

vgl. IC Nr.2 (1990), *Bulletin* Nr.1(1990)